

Demokratie gefährdet?

Ab 2011 weniger Volksvertreter zu wählen

Der Rat der Stadt Obernkirchen hat die Verringerung der Zahl der zu wählenden Mitglieder beschlossen, um Kosten zu sparen. Mit diesem Beschluss sind bei der nächsten Wahlperiode im Jahr 2011 nicht mehr 24 Mitglieder, sondern nur noch 22 zu wählen.

Obernkirchen. Auch für die Größe der drei Ortsräte Obernkirchens ergeben sich Änderungen: Nur noch sieben Mitglieder sollen in 2011 in Vehlen, Krainhagen und Gelldorf zur Wahl stehen; aktuell haben die Ortsräte jeweils neun. Die Änderung der Zahl der Ratsmitglieder ist durch eine Novellierung der Niedersächsischen Gemeindeordnung möglich. Demnach hat eine Gemeinde von über 8000 Einwohnern – Obernkirchen hat momentan etwa 9500 Einwohner – die Möglichkeit, die Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder um zwei, vier oder sechs zu reduzieren – solange die Anzahl von 20 Personen nicht unterschritten wird. Mit dieser Änderung geht auch eine Satzung für Obernkirchen hervor. „Sparen ist das oberste Gebot – doch das darf nicht zulasten der Demokratie gehen“, sprach sich Grüne/WIR-Sprecher Thomas Stübke vor der Abstimmung gegen das Vorhaben aus. Er sehe in der Reduzierung der Ratsmitglieder ein „Problem“, da es kleine Gruppierungen nicht mehr so leicht in den Rat schaffen würden. „Besonders in Ausschüssen und Ortsräten brauchen wir eine aktive Bürgerschaft“, so Stübke. Mit der Reduktion der Ratsmitglieder werde das „Rückgrat der Stadt“ beschnitten. Er appellierte an die Obernkirchener Bevölkerung, „durch seine ehrenamtliche Arbeit die Arbeit im Rat und in den Ortsräten weiterhin zu unterstützen“. Die Grünen mit den Ratsmitgliedern Stübke und Irmhild Knoche stimmten daher gegen die Reduktion der Rats- und der Ortsratsmitglieder sowie gegen die Satzungsänderung. Bernd Kirsch (Grüne/ WIR) passte sich diesem Votum an, stimmte jedoch für die Verkleinerung der Ortsräte. „Die Entscheidungen werden letztlich im Rat gefällt“, erläuterte Kirsch auf Nachfrage seine Entscheidung. Deswegen habe er auch gegen die Verkleinerung des Rates gestimmt. Außerdem sehe er keinen Spareffekt: Ein Ratsmitglied koste die Stadt pro Jahr 1500 Euro. Durch weniger Ratsmitglieder müssten aber die übrigen Volksvertreter an mehr Ausschüssen teilnehmen, die ja weiterhin besetzt werden müssen – und das wiederum koste die Stadt Sitzungsgeld. Die übrigen Ratsmitglieder stimmten geschlossen für die drei Änderungen, womit die dafür benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit gegeben war. „Angesichts des Abschmelzens der Bevölkerung sollten wir uns der Stadt Obernkirchen anpassen“, machte sich Martin Schulze-Elvert (CDU/WGO) für den Beschluss stark, und auch Jörg Hake (SPD) stimmte ein: „Der Rat Obernkirchen ist gewillt, seinen Beitrag zu leisten.“ Auch wenn er zu bedenken gab: Eine Verkleinerung des Rates beschneide auch das Mitspracherecht der Bürger. „Reinen Optimismus kann ich hier also nicht an den Tag legen.“ mld